

Das Anliegen der Linken, Grossbanken zu zerschlagen, bekommt Aufwind

Das Investment Banking vom Rest trennen wird plötzlich zum vermeintlichen Heilmittel gegen Banken Krisen



Rote Farbkleckse an einer CS-Filiale nach dem traditionellen 1.-Mai-Umzug in Zürich.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

CHRISTOPH EISENRING

Eine Kernschmelze des Finanzsystems: Das war die Befürchtung der Schweizer Behörden, hätte man die Credit Suisse in Konkurs gehen lassen oder in eine Sanierung geschickt. Die Geschichte wiederholt sich. Denn dies war schon bei der Rettung der UBS vor 15 Jahren der Fall gewesen, als der Staat und die Nationalbank mit 60 Milliarden Franken zu Hilfe eilten, um ihr Überleben zu sichern.

Allerdings müssen die Grossbanken seither viel mehr Kapital halten, und man hat viel Energie in eine ausgeklügelte «Too big to fail»-Regulierung gesteckt, damit ein systemrelevantes Finanzinstitut saniert werden oder in Konkurs gehen kann wie jede andere Firma. Im Ernstfall fehlte den Behörden nun aber der Mut, dies durchzuführen. Deshalb muss man jetzt grundsätzlich über die Bücher.

Die naheliegendste Lösung, die jetzt von links wieder forciert wird, aber auch unter Bürgerlichen Anhänger gewinnt: Man spaltet die Grossbanken auf. Im einen Teil würde man das «riskante» Investment Banking unterbringen, also etwa den Handel mit Aktien, Anleihen und Derivaten. Der andere Teil würde sich auf das «langweilige» Einlagen- und Kreditgeschäft konzentrieren, so wie es zum Beispiel die Kantonalbanken oder Raiffeisenbanken betreiben.

Eine solche Ordnung hat ein historisches Vorbild: Das sogenannte Trennbankensystem war in den USA 1933 und damit einige Jahre nach der Weltwirtschaftskrise mit der Glass-Steagall Act eingeführt worden, wurde aber 1999 unter Präsident Bill Clinton aufgehoben.

Morsche Risikokultur

Der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz hat 2008 in der Zeitschrift «Vanity Fair» für die Trennung plädiert, und zwar mit einem kulturellen Argument. «Als die Aufhebung von Glass-Steagall Investment- und Geschäftsbanken zusammenbrachte, setzte sich die Kultur der Investmentbanken durch», schreibt Stiglitz. Er meint damit zum Beispiel die Motivation durch Boni, was das Eingehen von grossen Risiken gefördert hat.

Gerade bei der Credit Suisse fällt jedenfalls auf, dass Verfehlungen und

Skandale sich keineswegs auf das Investment Banking beschränken. Die Verluste mit den Fonds von Lex Greensill betrafen die institutionelle Vermögensverwaltung für Pensionskassen oder Versicherungen. Im Wealth Management wurde die Bank 2014 mit einer Milliardenbusse belegt, weil sie reichen Amerikanern bei der Steuerhinterziehung geholfen haben soll. Die Pleite des Hedge-Funds Archegos wiederum hat dem Investment Banking zugesetzt. Allein dieser Schaden beläuft sich auf 5 Milliarden Franken.

Die Risikokultur scheint also in der ganzen Firma morsch gewesen zu sein, nicht nur im Investment Banking. Aber

Das Trennbankensystem war in den USA 1933, einige Jahre nach der Weltwirtschaftskrise, eingeführt, 1999 aber wieder aufgehoben worden.

ist das nun eine Kausalität, also ein Übergreifen von der angelsächsischen Bonikultur auf den Rest des Instituts? Kulturelle Fehler könne man nicht wegregeln, hat Finanzministerin Karin Keller-Sutter im NZZ-Interview gesagt. – Gerade deshalb wäre es so wichtig, dass solche Firmen auch in Konkurs gehen können, möchte man entgegenen, was die Politik nun verhindert hat.

Aber angenommen, die Schweiz hätte bereits ein solches Trennbankensystem gehabt, als die CS immer tiefer in die Krise schlitterte. Wäre die Gefahr für das Finanzsystem dann gebannt gewesen? Zweifel sind angebracht, und zwar aus drei Gründen.

Erstens hat sich die Finanzkrise 2008 vor allem durch den Konkurs von Lehman Brothers enorm beschleunigt. Lehman Brothers war indes eine reine Investment Bank, die keine Einlagen von Kunden entgegengenommen hatte und auch keinen Zugang zu Notenbankliquidität hatte – sie entsprach also einer Stand-alone-Investment-Bank, wie man sie in einem Trennbankensystem finden würde.

Lehman hatte sich mit Hypothekenspapieren verspekuliert, die auch von vielen anderen Banken gehalten wurden. Deshalb traute keine Bank der anderen mehr über den Weg. Der Markt, auf dem sich Banken gegenseitig Geld liehen, trocknete vollständig aus. Die Notenbanken schossen Liquidität ins System.

Risiken an vielen Ecken

Nach dem Schock mit Lehman Brothers wurden vom amerikanischen Staat Firmen wie Bear Stearns, ebenfalls eine reine Investmentbank, oder der weltweit grösste Versicherungskonzern AIG gerettet. Andere Investmenthäuser wie Morgan Stanley oder Goldman Sachs mutierten zu normalen Geschäftsbanken, damit sie Liquidität von der US-Notenbank beziehen konnten. Als Investmentbanken hatten sie diesen Zugang nicht. Die Finanzkrise zeigt somit, dass das «Too big to fail»-Problem nicht einfach vom Tisch ist, wenn man Investmentbanken von Geschäftsbanken trennt.

Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Thomas Jordan, sagte vorige Woche vor den Medien denn auch, Krisen träten oft an diversen Stellen im Finanzsystem auf und nicht nur an einem Ort. «Man kann sich deshalb nicht in Sicherheit wiegen, wenn man einfach einen Teil des Bankensystems vom anderen abspaltet.»

Einen dritten Grund hat an der gleichen Veranstaltung der SNB-Vizepräsident Martin Schlegel genannt: Die derzeitige Bankenkrise in den USA sei dort ausgebrochen, wo man es gerade nicht erwartet habe. Damit spricht er den Untergang der Silicon Valley Bank an, einer mittelgrossen, lokalen Bank, die nichts mit Investment Banking zu tun hat.

Teodoro Cocca, Professor am Linzer Forschungsinstitut für Bankwesen, ist sogar davon überzeugt, dass eine Universalbank mit einem auf das Kerngeschäft zugeschnittenen Investment Banking die Stabilität des Finanzsystems stärkt. Der Schweizer Ökonom verweist auf die UBS, die es geschafft habe, die Risiken im Investment Banking deutlich abzubauen.

Vermögende Kunden wollten zum Beispiel eine bestimmte Anlagestrategie umsetzen. Sie hätten grosse Aktienpositionen, die sie marktschonend platzieren wollten, oder möchten ihre Ri-

siken speziell absichern und dazu Derivate einsetzen. Solange hinter einem Auftrag für das Investment Banking solche Aufträge aus dem Wealth Management oder dem Firmenkundengeschäft stünden, sieht Cocca wenig Probleme.

Die neue UBS plant, dass das Investment Banking höchstens ein Viertel ihres Geschäft ausmacht – gemessen an den gesamten risikogewichteten Aktiva –, während es bei der Credit Suisse über ein Drittel war. Es entbehrt deshalb nicht der Ironie, wenn die Politik nun eine Bank ins Visier nimmt, die ihre Lektion 2008 offenbar gelernt hat – wobei aber niemand weiss, wie der Risikoappetit in zehn Jahren aussieht.

Auch Experten sind ratlos

Es ist nachvollziehbar, dass die Politik nach dem Disaster Tatkraft demonstrieren will – gerade auch im Hinblick auf die eidgenössischen Wahlen im Herbst. Cocca vermisst in der Diskussion indes einen entscheidenden Punkt: «Die Idee eines Trennbankensystems war eigentlich in den «Too big to fail»-Regeln angelegt gewesen, in Form der Schaffung von abtrennbaren Einheiten. Diese Regeln sind jetzt im Ernstfall grandios gescheitert.»

Die Abwicklungspläne für eine Grossbank sehen nämlich vor, dass der Schweizer Teil im Notfall aus dem Gesamtgebilde herausgelöst wird und ohne Unterbruch weiterläuft. Er umfasst die systemrelevanten Funktionen des Zahlungsverkehrs sowie das Einlagen- und das Kreditgeschäft. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) hatte der CS und der UBS vor einem Jahr attestiert, dass diese Pläne umsetzbar seien.

Wo könnte man nun ansetzen, um die Banken sicherer zu machen? Auch Experten sind derzeit etwas ratlos – gerade diejenigen, die auf die «Too big to fail»-Regelungen gesetzt haben. Sie mögen auch ein Trennbankensystem oder Grössenbeschränkungen nicht mehr ausschliessen.

Bundesrätin Keller-Sutter sagte im Gespräch mit der NZZ, sie sei zur Erkenntnis gelangt, dass eine global tätige systemrelevante Bank nicht ohne weiteres gemäss dem «Too big to fail»-Plan abgewickelt werden könne. Die bisher versteckte Staatsgarantie ist somit zur expliziten geworden. Der Bankenprofessor Cocca schlägt deshalb vor, dass die neue UBS wie die Kantonalbanken eine grössen- und risikoabhängige Abgeltung für die Staatsgarantie zahlen sollte. Dieses Geld flosse in

Gerade bei der Credit Suisse fällt auf, dass Verfehlungen und Skandale sich keineswegs auf das Investment Banking beschränken.

einen Bail-out-Fonds, damit im Ernstfall der Steuerzahler weniger belastet wird. Wie hoch die Abgabe sein könnte, bleibt aber unklar.

Die Aufsicht wird der UBS sodann genauer auf die Finger schauen müssen, bei der Risikokultur, den Anreizen über Boni sowie der Verantwortung von Geschäftsführung und Verwaltungsrat. Auch dass ein Bank-Run wegen der Digitalisierung fast in Lichtgeschwindigkeit geschieht, braucht eine Aufarbeitung. Brauchen Banken allein deshalb mehr Eigenkapital und Liquidität als früher? Wenn Stürme heftiger werden, kommt man jedenfalls nicht umhin, die Dämme zu verstärken – und zu erhöhen.

SCHWARZ UND WIRZ

Der Staat als Jahrmakel der Begehrlichkeiten

CLAUDIA WIRZ

Wer einen «gesellschaftlichen Dialog» zu einer sozialpolitischen «Reformidee» anschieben möchte, sollte eine Studie in Auftrag geben. Eine ganze Branche kümmert sich darum, im Sinne ihrer Auftraggeber Handlungsbedarf aufzuspüren und diesen in eine Aura von Wissenschaftlichkeit zu hüllen. Wer kann schon gegen einen erwiesenen Handlungsbedarf sein?

Mit einschlägigen Umfragestudien ist es deshalb ein bisschen wie weiland in der Adventszeit, als die Kinder unter der lenkenden Hand der Mutter den Wunschzettel ans Christkind verfassen durften. Es gibt aber vier wesentliche Unterschiede. Erstens ist für die Erwachsenen das ganze Jahr über Wunschzettelzeit. Zweitens heisst das Christkind jetzt gerne Staat, Bund oder öffentliche Hand. Drittens sind die Fragen nach den Wünschen etwas «erwachsener» formuliert, zum Beispiel so: «Sollen Grosseltern für ihre Betreuungsarbeit mit den Kindern (das heisst mit den eigenen Enkeln, Anm. der Autorin) von der öffentlichen Hand entschädigt werden?» Und viertens hat

Die Familienpolitik ist zum Zentralisierungsturbo geworden.

– anders als bei Müttern – niemand ein Interesse am Masshalten.

Die oben zitierte Frage ist vor kurzem im Rahmen der Studie «Generationen-Barometer» gestellt worden. Und: Zwei Drittel der Befragten haben sie mit Ja beantwortet. Das heisst: 65 Prozent der Befragten begrüssen einen staatlichen Lohn fürs Enkelhüten.

Bemerkenswert ist neben der hohen Zustimmungquote die Psychologie, die in der Wortwahl der Frage steckt. Mit den Enkeln in den Zoo zu gehen, eine Wurst über offenem Feuer zu braten, ein Jo-Jo zu schnitzen oder einen Osterkorb zu basteln, ist weder Spass noch Glück, sondern «Arbeit», genauer gesagt «intergenerationelle Care-Arbeit», die beim Leistungserbringer einen «Schaden» verursacht. Und für diesen Schaden soll der Staat «entschädigen», obwohl er ihn gar nicht angerichtet hat.

Diese Forderung passt zum Zeitgeist. Keine Handreichung im Rahmen der eigenen Familie soll mehr gratis sein, alles hat ein Preisetikett. Das Familienleben entwickelt sich so zum Geschäftsmodell, um Subventionen zu maximieren. Hinter einer solchen Haltung steckt nicht nur ein befremdliches Familienbild, sondern auch ein von Egoismen getriebenes Staatsverständnis. Die Tugend der Eigenverantwortung und der Sinn für das Gemeinwesen werden zugunsten des monetären Eigennutzes verkaufte. Der Staat wird nicht mehr mit Blick auf das Gemeinwohl von allen gemeinsam «gebaut», sondern entlang der Eigeninteressen bewirtschaftet, um nicht zu sagen: konsumiert.

Diese Anspruchshaltung hat mit dem Bürgerstaat von ehedem nichts mehr zu tun. Sie ist ein Frontalangriff auf die Prinzipien der Subsidiarität, des Milizsystems, des Föderalismus und der Verhältnismässigkeit. Die Familienpolitik der letzten beiden Jahrzehnte ist – auch dank bürgerlicher Hilfe – zum Subventions- und Zentralisierungsturbo geworden. Geld spielt dabei nur eine Nebenrolle; es geht um etwas viel Wichtigeres, nämlich um die existenzielle Frage, welche Art von Staat wir wollen: einen freiheitlich-gesellschaftlichen oder einen dirigistisch-bevormundenden.

— Claudia Wirz ist freie Journalistin und Autorin.